



ccc) Öffentliche Anteilseignerschaft bzw. Steuer-	
minderung . . . . .	53
ddd) Abstellen auf die „bezweckte Mittel-	
wirksamkeit“? . . . . .	54
eee) Freiwilligkeit der privaten Mittelaufwendung	56
fff) Verzicht auf eine öffentliche Mittelbelastung .	60
ggg) Unmittelbare Bezifferbarkeit der privaten	
Mittelaufwendung . . . . .	63
dd) Zwischenergebnis: Der Fördermechanismus	
des EEG – eine Beihilfe . . . . .	64
ee) Verfälschung des Wettbewerbs . . . . .	65
aaa) Keine per-se-Wettbewerbsverfälschung . . . . .	66
bbb) Gefährdung des Wettbewerbs der Strom-	
erzeuger . . . . .	67
ccc) Wettbewerbsgefährdung trotz Nachteils-	
ausgleich . . . . .	68
ddd) Spürbarkeit der Wettbewerbsverfälschung . .	69
ff) Beeinträchtigung des Handels zwischen den	
Mitgliedstaaten . . . . .	71
b) Ausnahmetatbestände . . . . .	72
aa) Art. 87 III lit. b) 1. Alt EGV: Vorhaben im	
europäischen Interesse . . . . .	72
aaa) Verfolgung eines wichtigen europäischen	
Gesamtinteresses . . . . .	73
bbb) Zielverwirklichung . . . . .	74
ccc) Notwendigkeit der Förderung . . . . .	75
ddd) Angemessenheit der Förderung . . . . .	76
bb) Art. 87 III lit. c) EGV: Sektorale oder horizontale	
Beihilfe . . . . .	78
c) Ergebnis der Prüfung von Art. 87 EGV . . . . .	79
2. Formelle Gemeinschaftsrechtswidrigkeit (Art. 88 EGV) ..	80
a) Notifikationspflicht nach Art. 88 III EGV . . . . .	80
b) Folgen der unterlassenen Notifikation . . . . .	82
aa) Keine Heilung des Verfahrensverstößes durch	
eine spätere Genehmigung . . . . .	83
bb) Keine Rückforderung der zwischenzeitlich geleisteten	
Förderbeträge . . . . .	84
cc) Ergebnis . . . . .	85
II. EEG und Warenverkehrsfreiheit: Art. 28 EGV . . . . .	86
1. Das Problem: Diskriminierung ausländischer regenerativer	
Erzeuger? . . . . .	86
2. Anwendbarkeit der Warenverkehrsfreiheit auf Beihilfen ..	87
3. Tatbestandsvoraussetzungen des Art. 28 EGV . . . . .	90

4. Rechtfertigung der handelshemmenden Wirkung des EEG	92
a) Rechtfertigung nach der Cassis de Dijon-Recht- sprechung	92
aa) Qualifikation als diskriminierende Maßnahme?	93
bb) Keine abschließende Gemeinschaftsregelung	98
cc) Verhältnismäßigkeit	99
dd) Ergebnis	101
b) Rechtfertigung nach Art. 30 EGV	101
III. Gesamtergebnis: EEG und EGV	101
IV. Das EEG: Eine Subvention?	102
1. Der Subventionsbegriff	103
a) Überblick	103
b) Problem: Subventionsgeberstellung der öffentlichen Hand	104
2. Ergebnis	107
D. Das Rechtsverhältnis öffentliche Hand – EVU	109
I. Formelle Verfassungsmäßigkeit des EEG	109
1. Zweifel hinsichtlich des StrEG 1998 gegenstandslos	109
2. Keine Zweifel an der formellen Verfassungsmäßigkeit des EEG	110
II. Finanzverfassungsrechtliche Problematik	111
1. Untersuchungsanlaß und Vorgehensweise	111
a) Anlaß: Kohlepfeinig-Entscheidung	114
b) Vorgehensweise: Unterscheidung von drei Fragen- kreisen	115
2. Anwendungsbereich finanzverfassungsrechtlicher Sonder- anforderungen	116
a) Sonderaspekt: Finanzierung der gesellschaftlichen Aufgabe Umweltschutz	116
aa) Umweltschutz als gesellschaftliche Aufgabe	116
bb) Das EEG, ein Instrument gesellschaftlicher Selbst- regulierung?	118
b) Die Anwendung der Finanzverfassung auf das EEG: Diskussionsüberblick	122
c) Das EEG zwischen Abgabenrecht und Preisrecht	125
d) Eingrenzung des Abgabenrechts nach formellen Gesichtspunkten	126
e) Eingrenzung des Abgabenrechts nach materiellen Gesichtspunkten	127
f) Die Belastungsgleichheit als finanzverfassungsrechtlicher Anknüpfungspunkt für privatrechtsgestaltete Geld- leistungspflichten	129
aa) Budgethoheit des Parlaments	131

bb) Bundesstaatlicher Finanzausgleich .....	133
cc) Belastungsgleichheit .....	134
g) Abgrenzungskriterium für abgabenähnliche Regelungen im Preisrecht .....	135
aa) Maßgeblichkeit der Regelung eines bestehenden Rechtsverhältnisses? .....	136
bb) Maßgeblichkeit des Regelungszwecks oder einer interessenausgleichenden vertraglichen Gestaltungswirkung? .....	137
h) Zusammenfassung der Überlegungen zur Anwend- barkeit der Finanzverfassung .....	141
3. Parallelüberlegung: Wahl und Prüfung finanzverfassungs- rechtlicher Sonderanforderungen .....	142
a) Entspricht das EEG einer Steuer oder einer Sonderabgabe? .....	144
b) Entspricht das EEG einer Ausgleichs- oder Lenkungs- abgabe ohne Finanzierungszweck? .....	145
c) Entspricht das EEG einer Abschöpfungsabgabe? .....	148
aa) Abschöpfungsabgaben als eigener Abgabentypus .	148
bb) §§ 3, 11 EEG, eine abschöpfungsabgabenähnliche Geldleistungspflicht? .....	149
aaa) Öffentliche Förderung des Abgaben- pflichtigen .....	150
bbb) Berechtigungslosigkeit der Förderung .....	151
ccc) Unlöslicher sachlicher Zusammenhang .....	152
cc) Ergebnis .....	154
d) Entspricht das EEG einer Finanzierungsabgabe? .....	154
aa) Gestaltende Einflußnahme im Bereich einer Sach- kompetenz der Art. 70 ff. GG .....	154
bb) Erfordernis der homogenen Gruppe .....	155
cc) Sach- und Finanzverantwortung der belasteten Gruppe .....	158
dd) Gruppennützige Verwendung .....	164
ee) Wiederkehrende parlamentarische Kontrolle .....	169
ff) Zusammenfassung der Prüfung der Kriterien für Finanzierungsabgaben .....	169
4. Zusammenfassung der Überlegungen zur Finanz- verfassung .....	170
III. Zur Grundrechtsfähigkeit von Energieversorgungs- unternehmen .....	171
1. Struktur der Anteilseignerschaft an EVU .....	172
2. Privatwirtschaftliche Energieversorgungsunternehmen ..	174
3. Öffentliche Energieversorgungsunternehmen .....	175

a)	Die Position des Bundesverfassungsgerichts . . . . .	175
b)	Literatur: Grundrechtstypische Gefährdungslage . . . .	176
c)	Die Ausrichtung öffentlicher EVU an den Interessen der Anteilseigner . . . . .	178
4.	Gemischtwirtschaftliche Energieversorgungsunternehmen	183
a)	Meinungsstand in der Literatur . . . . .	184
b)	Die Position des Bundesverfassungsgerichts . . . . .	185
c)	Die Reaktion der Literatur auf den HEW-Beschluß . . .	185
d)	Die Ausrichtung gemischtwirtschaftlicher EVU an den Interessen ihrer Anteilseigner . . . . .	186
aa)	Das Argument der Erfüllung öffentlicher Aufgaben bzw. der Daseinsvorsorge . . . . .	186
bb)	Das Argument der Rechtsform . . . . .	189
cc)	Das Argument der Beherrschung durch öffentliche Anteilseigner . . . . .	190
dd)	Die Ausrichtung an den Interessen der Anteilseigner und der Vorrang des Schutzes der privaten Anteils- eigner . . . . .	192
ee)	Grundrechtsverzicht der privaten Anteilseigner? . .	195
e)	Ergebnis . . . . .	196
5.	Zusammenfassung der Überlegungen zur Grundrechts- fähigkeit von EVU . . . . .	196
IV.	Die Eigentumsgarantie als Verfassungsgrenze des EEG . . .	197
1.	Schutzbereichsbestimmung . . . . .	198
a)	Kontrahierungszwang und Preisregelung als Problem der Vertragsfreiheit . . . . .	199
b)	Schutz der Vertragsabschluß- und Preisvereinbarungs- freiheit durch Art. 14 I GG? . . . . .	200
aa)	Das EEG: Ein Problem allein von Art. 12 GG? . . .	201
bb)	Schutz der Unternehmenssubstanz über ein Recht am eingerichteten und ausgeübten Gewerbe- betrieb? . . . . .	202
c)	Schutz der Wettbewerbsfreiheit durch Art. 14 GG? . . .	207
d)	Die Einspeisungspflicht als Problem der Verfügungs- freiheit über das Eigentum am Versorgungsnetz . . . .	207
2.	Verletzung der Verfügungsfreiheit über das Versorgungs- netz? . . . . .	210
a)	Enteignung oder Inhalts- und Schranken- bestimmung? . . . . .	211
aa)	Der Enteignungsbegriff als Ausgangspunkt der Abgrenzung . . . . .	211
bb)	Der formelle Enteignungsbegriff des Bundes- verfassungsgerichts . . . . .	213

cc)	Begrenzung der Verfügungsfreiheit als Inhaltsbestimmung, teilweise Entziehung oder totale Entleerung des Eigentums .....	214
b)	Verfassungsgrenzen des EEG als Inhalts- und Schrankenbestimmung .....	217
aa)	Prüfungsmaßstab: Verhältnismäßigkeitsgrundsatz	217
bb)	Geeignetheit der Inhaltsbestimmung .....	218
cc)	Erforderlichkeit der Inhaltsbestimmung .....	220
dd)	Proportionalität der Inhaltsbestimmung .....	221
3.	Zusammenfassung der Überlegungen zu Art. 14 GG ....	228
V.	Die Berufsfreiheit als Verfassungsgrenze des EEG .....	228
1.	§ 3 EEG als Eingriff in die Berufsfreiheit .....	229
a)	Einwirken auf die Vertrags- und Preisfreiheit .....	230
b)	Indienstnahme Privater zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben (Art. 12 I i.V.m. Art. 3 I GG) .....	231
c)	Einwirken auf die Wettbewerbsfreiheit .....	237
2.	Verfassungsrechtliche Rechtfertigung der Berufsausübungsregelung .....	238
a)	Maßstabsgliederung durch die Stufentheorie .....	238
b)	Das EEG als berufswahlgleiche Berufsausübungsregelung? .....	240
c)	Verfassungsrechtliche Rechtfertigung von Indienstnahmen Privater .....	241
aa)	Ergänzung um finanzverfassungsrechtliche Maßstäbe? .....	242
bb)	Keine Ersetzung der Verhältnismäßigkeitsprüfung	244
cc)	Die Rechtfertigung von Indienstnahmen durch die Rechtsprechung .....	245
dd)	Lastengleichheit und Zumutbarkeit von Indienstnahmen .....	245
aaa)	Indienstnahmen und Finanzverfassung .....	246
bbb)	Lastengerechtigkeit, Zumutbarkeit und Verhältnismäßigkeit .....	252
d)	Verhältnismäßigkeit des Eingriffs in die Berufsausübungsfreiheit .....	254
aa)	Gemeinwohlorientierung und Eignung der Berufsausübungsregelung .....	254
bb)	Erforderlichkeit der Berufsausübungsregelung ...	255
aaa)	Direkte Subventionierung aus Steuermitteln? .....	256
bbb)	Erhebung einer Sonderabgabe? .....	258
ccc)	Belastung allein der Netzbetreiber? .....	259
cc)	Proportionalität der Berufsausübungsregelung ...	260
e)	Lastengerechtigkeit und Zumutbarkeit .....	263

---

aa) Sachnähe der EVU zum Förderungszweck . . . . .	264
bb) Legitimation der Unentgeltlichkeit . . . . .	265
3. Zusammenfassung der Überlegungen zu Art. 12 GG . . . .	268
VI. Der Gleichheitssatz als Verfassungsgrenze von StrEG und EEG . . . . .	270
1. Regional unterschiedliche regenerative Energiepotentiale	271
2. Verletzung des allgemeinen Gleichheitssatzes durch das StrEG? . . . . .	273
a) Zur Struktur des allgemeinen Gleichheitssatzes . . . . .	273
aa) Die Maßgeblichkeit wertmäßiger Gleichheit . . . . .	273
bb) Willkürtheorie und „neue Formel“ . . . . .	274
b) Verstoß des StrEG gegen ein Differenzierungsgebot? ..	276
aa) Rechtfertigung durch tatsächliche Prädispositionen? . . . . .	277
bb) Sachgerechtigkeit des Fördermechanismus . . . . .	278
3. Ausräumung der verfassungsrechtlichen Zweifel durch das EEG . . . . .	280
VII. Gesamtergebnis: EEG und Grundgesetz . . . . .	281
E. Untersuchungsergebnis in Thesen . . . . .	283
I. Rechtsverhältnis Einspeiser – EVU . . . . .	283
II. Rechtsverhältnis öffentliche Hand - Einspeiser . . . . .	283
III. Rechtsverhältnis öffentliche Hand - EVU . . . . .	285
Sachverzeichnis . . . . .	291